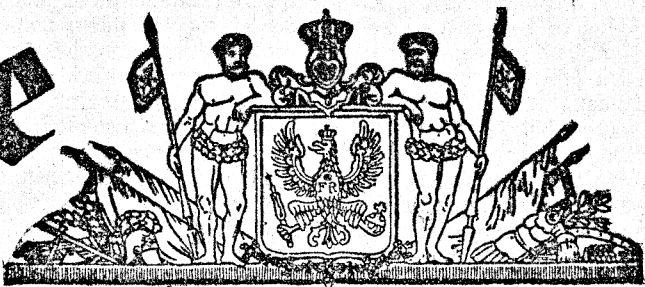


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Sonntags 50 Pf.

Die Wossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 18 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Zwischen Ungarn und Oesterreich.

Beneschs Vermittlungsaktion.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Prag, 24. September.

Es wird hier bestätigt, daß die ungarische Regierung am Mittwoch in Prag um die Vermittlung im burgenländischen Streit angeht. Minister Dr. Benesch vertrat prinzipiell die Erfüllung des Friedensvertrages. Da jedoch die Entente von Anfang an einen östlichen Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn zugelassen hatte, erklärte sich Dr. Benesch zur Vermittlung auf dieser Basis bereit. Die Magyaren streben den Eisenbahnknotenpunkt Dedenburg an, wofür sie räumliche oder wirtschaftliche Konzessionen geben wollen. Heute ist eine Erklärung aus Wien gekommen, der zufolge der Ausschluß für Neuhäuser des österreichischen Nationalrates dieser Vermittlung zustimmt. Eine Antwort aus Budapest ist noch nicht eingetroffen, aber die Delegation der ungarischen Unterhändler hat dieser Verhandlungsbasis ebenfalls zugestimmt. Es ist möglich, daß die bevorstehende Konferenz durch das Ultimatum der Entente, das gestern einlangte und die bedingungslose Räumung des Burgenlandes fordert, kompliziert wird. Die ganze bisherige Verhandlung ist provisorisch und nur dann, wenn beide Parteien mit dem Ausgleich auf der in Hainburg vereinbarten Grundlage einverstanden sind, wird Minister Dr. Benesch diesen Ausgleich der Entente vorlegen. In der nächsten Woche, wahrscheinlich Dienstag, wird Minister Dr. Benesch mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schober, an der südböhmischen Grenze neuerlich zusammentreffen. Es verlautet hier, daß diese Zusammenkunft nicht mehr der Frage des Burgenlandes gewidmet sei, sondern den Zweck haben wird, die seinerzeit in Hallstatt eingeleitete Beratung fortzusetzen. Sie wird also vornehmlich politische und Verkehrsfragen betreffen, die zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei bereinigt werden sollen.

Das tschechoslowakische Pressebüro erfährt, daß Minister Dr. Benesch in den nächsten Tagen mit dem ungarischen Minister des Äußern Banffy zum Zwecke der Regelung der ungarischen Angelegenheiten eine Zusammenkunft haben wird.

Der englisch-italienische Standpunkt.

Während die „kleine Entente“ mit Frankreich als Sekundanten die Absicht befaßt, den Friedensvertrag von Trianon in seiner Anwendung auf die Abtretung des sogenannten Burgenlandes an Oesterreich nötigenfalls durch Gewaltanwendung zu sichern, hat die „Vermittlungsaktion“, die gleichzeitig aus der Mitte der „großen Entente“ betrieben wird, einen etwas anderen Charakter. Sie zeigt die Tendenz, zum mindesten in der Form, vielleicht auch in der Sache der ungarischen Regierung entgegenzukommen, sei es um sie gegenüber den intransigenten Elementen im eigenen Lande zu stützen, sei es aus einer politischen Gesamteinstellung heraus, die eine Spitze gegen die kleine Entente enthält. In diesem Sinn ist das folgende Telegramm unseres Londoner Korrespondenten bemerkenswert:

London, 24. September.

Ein hier eingelangtes Telegramm aus Wien, meldet, daß die unter italienischer Vermittlung begonnenen Verhandlungen über die Frage West-Ungarn günstige Fortschritte machen. Ungarn soll bereit sein, die Oesterreich von den Verbündeten zugesprochenen Gebiete zu räumen. Man glaube im allgemeinen, daß Oesterreich einen Gebietsstreifen abtreten werde, der sich im Westen an seine Grenze anschließt, im Austausch gegen ein kleines Gebiet im Distrikt Dedenburg.

Inzwischen hat das Bando in Wien, das sich in dem abzutretenden westungarischen Gebiete entwickelt hat, die Form eines regelrechten militärischen Aufmarsches angenommen. Bekanntlich hat die Wiener Regierung die Gendarmen, die sie zur friedlichen Besetzung des ihr von der Entente zugewiesenen Landes entsandt hatte, zurückgezogen, weil die 3000 Mann, die über eine 400-Kilometer-Grenze verstreut waren, nutzlos den Uferfällen der bewaffneten Bando ausgesetzt waren. Die Regierung Oesterreichs stellte sich auf den Standpunkt des Friedensvertrages, der nicht ihr, sondern der Entente die Verpflichtung auferlegte, für die ordnungsgemäße Uebergabe des abgetretenen Landes zu sorgen. Dem Rückzug der deutschösterreichischen Gendarmen ist der Aufmarsch immer größerer ungarischer Truppenmassen gefolgt, der bald den Charakter einer Art von Mobilisierung annahm.

Auf der anderen Seite hat die deutschösterreichische Regierung die Wehrmacht, die ihr auf Grund des Friedensvertrages verblieben ist — der Sollbestand von 30 000 Mann ist übrigens bei weitem nicht erreicht — an der alten Grenze versammelt. Diese Wehrmacht ist im Gegensatz zu der deutschen Reichswehr, der sie äußerlich möglichst angeglichen wurde, unter dem Einfluß des früheren sozialdemokratischen Staatssekretärs Deutsch eine Truppe von ausgesprochenem Linkscharakter. Die Soldatenratswahlen, die kürzlich stattgefunden haben, ergaben 90 pCt. Sozialdemokraten und 10 pCt. Kommunisten. Die meisten Soldaten sind Familienväter und trotz ihrer parteipolitischen Einstellung gelten sie im allgemeinen als zuverlässig. Das ist im besonderen Grad der Fall gegenüber Ungarn, das in seiner jetzigen Gestalt für die linksstehenden Parteien ein Gegenstand des Hasses darstellt. Angesichts dieser Tatsache bilden ungarische Ueberfälle, wie sie sich neuerdings wieder ereignen, eine nicht zu unterschätzende Gefahr für den Frieden. Besonders schwer war ein Vorstoß, der gestern gegen die Stadt Bruck unternommen wurde und zu einem Gefecht mit der deutschösterreichischen Reichswehr führte.

Schwere Grenzwiskenfälle.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Wien, 24. September.

Wie aus Wiener-Neustadt gemeldet wird, rückten heute um 4 Uhr früh ungarische Bando in Kralupy ein und zur Stadt Bruck vor. Die Reichswehr, die alarmiert wurde, stellte sich ihnen entgegen, und es entspann sich ein heftiger Gewehrkampf. Die Ungarn wurden von ungarischen Eisenbahnern geführt. Es gelang ihnen nicht, in die Stadt Bruck einzudringen; sie mußten sich auf den Leithadamm, den sie zurzeit noch besetzt halten, zurückziehen. Auf österreichischer Seite sind zwei Tote und mehrere Schwerverletzte zu beklagen. Infolge dieses unerhörten Ueberfalls sind zahlreiche Einwohner aus Bruck an der Leitha geflüchtet. Gestern um 7 Uhr abends griff eine etwa 30 Mann starke ungarische Bando die österreichischen Sicherheitstruppen bei Lafnitz, nördlich Hartberg, an, die jedoch nach kurzem Feuergefecht von der deutschösterreichischen Wehrmacht zurückgeworfen werden konnte. Wie das „Neue Licht-Uhr-Blatt“ berichtet, haben die ungarischen Truppen nach zuverlässigen Nachrichten ihren Aufmarsch vollendet. In der Richtung von Rittsee bis Steinamanger sind insgesamt drei Divisionen versammelt. Im nördlichsten Raum befindet sich eine aus vier Regimentern bestehende Division. Südlich bei Güns steht ebenfalls eine Division mit zahlreicher, auch schwerer Artillerie. Entlang der Eisenbahn Dedenburg-Kapuvár befindet sich ebenfalls eine Division mit starker Artillerie.

Berständigung mit Bayern.

Scherenfelds Berliner Verhandlungen.

Ueber die Verhandlungen, die der bayerische Ministerpräsident gestern in Berlin führte, wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

„Der bayerische Ministerpräsident Graf Scherenfeld hatte am Vormittag dem Reichspräsidenten und darauf dem Reichskanzler einen Besuch ab. Im Anschluß an die Besuche wurden die Verhandlungen über die zwischen dem Reich und Bayern schwebenden Fragen über den Ausnahmezustand und die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 8. 1921, beim Reichskanzler aufgenommen. Die Verhandlungen, an denen auch der Reichsminister des Innern und der bayerische Minister des Innern teilnahmen, wurden im Geiste der Verständigung und des Ausgleichs geführt. Die bayerische Delegation wird sich unverzüglich mit dem bayerischen Ministerrat und den zuständigen Stellen des bayerischen Landtages in Verbindung setzen, um sich über das Ergebnis der Verhandlungen endgültig zu verständigen. Der Reichskanzler wird am Mittwoch im Reichstag vom dem Ergebnis der Verhandlungen Mitteilung machen. Am Mittag folgte der bayerische Ministerpräsident Graf Scherenfeld einer Einladung des Reichspräsidenten zum Frühstück, an dem auch der Reichskanzler Dr. Wirth, der preussische Ministerpräsident Egeerwald, der württembergische Staatspräsident Dr. Sieber, die Reichsminister Dr. Rosen und Dr. Graf nauer, sowie der bayerische Gesandte v. Preger und der württembergische Gesandte Hildenbrand teilnahmen.

(Siehe auch vierte Seite.)

Die große Koalition.

Von

Georg Bernhard.

Die auf breiter Front angelegte Generaloffensive gegen den Reichskanzler Dr. Wirth darf als gescheitert gelten. Es wird zwar vereinzelt noch kräftig Schimpfmünition verschossen. Aber die Verstärkungen, die man durch die Kerntuppen der Deutschen Volkspartei und namentlich durch bayerische Stoßtrupps heranzuziehen hoffte, sind ausgeblieben. Das Bild hat über Nacht gewechselt. Mit verbühten Gesichtern haben die Träger der deutschen nationalen Farben und die Pseudo-Volksparteiler die erwarteten Reserven plötzlich im feindlichen Lager erblicken müssen. Das Spiel ist aus. Die große Koalition ist fertig und das Reich ist einig.

Erfreulicherweise scheinen die Verhandlungen, die gestern zwischen dem Reichskanzler und dem neuen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Scherenfeld geführt worden sind, sehr schnell zu einer völligen Uebereinstimmung geführt zu haben. Graf Scherenfeld ist gestern nachmittag bereits nach Ludwigshafen-Opau gefahren. Der bayerische Minister des Innern Schwenker, der die Verhandlungen gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten geführt hat, kehrte ebenfalls heute nacht noch nach München zurück, wo er vermutlich bereits am heutigen Sonntag dem Kabinett Bericht erstatten wird. Man spricht in unterrichteten Kreisen davon, daß die Bayern wahrscheinlich Anfang der kommenden Woche den Ausnahmezustand aufheben werden. Doch ist das vorläufig noch eine Kombination, denn über die Abmachungen selbst wird von beiden Seiten mit Recht striktes Stillschweigen bewahrt, um zu vermeiden, daß etwa wieder Indiskretionen voreingenommene Stimmungen hüben und drüben erzeugen. Jedenfalls ist das Ergebnis der Verhandlungen für das Reich um so erfreulicher, als man wohl annehmen darf, daß auch die Bayern mit ihm durchaus zufrieden sein können. Vor allem wird aber hoffentlich in München das Resultat um so mehr zur Beruhigung der Gemüter beitragen, als es zum Beweise dafür gelten darf, daß von Berlin keinerlei Brutalisierung beabsichtigt war. An Graf Scherenfelds bayerischem Stammesgefühl wagt wohl niemand zu zweifeln. Aber er ist sich eben auch seiner Verantwortung für die Reichseinheit bewußt. Wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß dem Grafen eine besondere Gewandtheit und Konzilianz eigen ist durch die von vornherein die Vermeidung gewisser Klippen in den Verhandlungen gesichert war, so hätte doch das gleiche Resultat zum Heile des Reiches schon viel früher erzielt werden können, wenn Herr v. Rahe sich nicht mit der Rücksichtnahme auf Strömungen belastet hätte, deren Gefährlichkeit er vielleicht erkannte, ohne sich jedoch von den ihnen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen lösen zu können.

Daß diese Strömungen, die zwar in Bayern fließen, deren Wässer aber von ganz wo anders her ins bayerische Bett geleitet worden sind, bezweckten, an dem etwas allzu ostentativ blau-weiß angestrichenen Galgen den Reichskanzler aufzuknüpfen, darüber besteht wohl kaum ein Zweifel. Unter dem Galgen sollte gleichzeitig ein kleines Feuerchen angezündet werden, für den Fall, daß der Strick vielleicht nicht zuverlässig genug wirkte. Das Holz für diesen Scheiterhaufen wurde von überall her zusammengetragen. Und geradezu komisch wirkt es, daß, nachdem nun schon lange feststeht, daß man den Dr. Wirth nicht hängen können, weil man ihn nicht hat (diese Unmöglichkeit haben die Münchener schon eingesehen, als sie noch nicht bayerisch, sondern freie Reichsstädter waren) immer noch einzelne ununterrichtete Nachzügler perlenden Schweißes die Holzklöße herbeischleppen. Gestern noch war in den Zeitungen der Protest eines Teils des bayerischen Flügels der Deutschen Volkspartei zu lesen, der erklärte, daß ein Eintritt eines volksparteilichen Mitgliedes in ein Kabinett, an dessen Spitze Dr. Wirth stehe, natürlich ein Unding sei. Und heute weiß bereits alle Welt, daß dieses Unding ein richtiges rundes und nettes Ding werden wird. Und zwar schon sehr bald.

Wenn wir recht berichtet sind, so hat der Reichskanzler bereits für Montag vormittag die Führer der künftigen Koalitionsparteien zur Besprechung in die Reichskanzlei geladen. Die Einzelheiten, mit denen die neue Koalition äußerlich in die Erscheinung treten soll, stehen vorläufig noch nicht fest und es ist nicht einmal gewiß, ob die Führer der Koalitionsparteien sich darüber schon den Kopf all zu sehr zerbrochen haben. Es scheint, daß die Volkspartei kaum besonderen Wert darauf legt, eine sofortige Umformung des Kabinetts vorgenommen zu sehen. Bei einigen ihrer Prominenten ist sogar anscheinend der Wunsch vorherrschend, erst die neue Regierungsbildung in Preußen vorzunehmen, um dann hinterher zu einer geeigneten Zeit ihre neuen Männer ins Reichskabinett eintreten zu lassen. Es scheint, daß sie insbesondere auf den Vizekanzlerposten und auf das Reichsfinanzministerium reflektieren. Das Reichswirtschaftsministerium käme wohl nur in Frage, wenn sich keine besonders geeignete Kraft für das Finanzministerium fände, oder wenn der Reichskanzler